

08/2019**Beteiligungsgespräch: Verbesserung der Besoldungsstruktur**

Die Bundesregierung hat einen weiterentwickelten Entwurf eines Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetzes und damit zusammenhängender Änderungen dienstrechtlicher Vorschriften vorgelegt. Der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb Friedhelm Schäfer lobte während des Beteiligungsgesprächs am 29. Mai 2019 im Bundesministerium des Innern in Berlin positive Änderungen im Besoldungs-, und Zulagenrecht, die die Besoldungsbedingungen des Bundes attraktiver und wettbewerbsfähiger machen. „Das Besoldungsrecht des Bundes wird bereinigt, strukturell modernisiert und unter Beibehaltung der Grundstrukturen durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen deutlich verbessert“, erläuterte Schäfer. Das gelte unter anderem für verbesserte Stellenzulagen, die Erhöhung des zentralen Vergabebudgets in der Leistungsbesoldung, Anpassungen in der Auslandsbesoldung und die Neuentwicklung finanzieller Anreize für die Personalgewinnung und -bindung. Auch sei in diesem Zusammenhang an Verbesserungen für Teilzeitdienstleistende und Anwärter gedacht worden. Gleichzeitig würden mit den Fortschreibungen die Bereiche Polizei und Zoll weiter gestärkt. Auch wurde eine Regelung zum Zuschlag bei begrenzter Dienstfähigkeit neu in das Bundesbesoldungsgesetz aufgenommen.

Der Gesetzentwurf sieht zudem die **Übernahme der rentenrechtlichen Regelungen mit dem Ziel der Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder vor.** „Das ist eine **herausragend positive Neuregelung**, mit der **langjährigen Forderungen des dbb (und der vbba sowie der vbba-Seniorenvertretung) entsprochen wird.** Beamtinnen und Beamten werden dadurch nicht besser, aber auch nicht schlechter gestellt als gesetzlich Rentenversicherte“, so Schäfer.

Verkehrsinfrastruktur: Geld allein reicht nicht aus!

Für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere der Straßen, muss mehr investiert werden. „Geld alleine wird aber nicht reichen“, sagte der Zweite Vorsitzende des dbb Friedhelm Schäfer am 23. Mai 2019. Beim Kongress „Innovationen in Deutschlands Verkehrs- und Transportinfrastrukturen“ der dbb Mitgliedsgewerkschaft BTB (Fachgewerkschaft Technik und Naturwissenschaft) in Bonn wies Schäfer darauf hin, dass endlich auch mehr Fachpersonal eingestellt werden müsste. „Eine gute und funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist für Deutschland sowohl als Wirtschaftsstandort als auch für die Entwicklung der ländlichen Räume unerlässlich. Trotzdem wurde in den letzten Jahrzehnten sowohl an der Struktur als auch am Personal Raubbau betrieben.“ Laut dem Bundesverkehrsministerium würden beispielsweise derzeit rund zehn Prozent der Stellen fehlen, um die deutschen Autobahnen zu erneuern, zu erhalten und zu pflegen. Erschwerend komme hinzu, dass nun im Bereich der Bundesautobahnen durch den Kompetenzübergang von den Ländern zum Bund mit der Autobahn GmbH und dem Fernstraßenbundesamt eine völlig neue Struktur entstehe. „Bis 2021 sollen bis zu 15.000 Beschäftigte ihren Arbeitgeber beziehungsweise Dienstherrn wechseln. Die genauen Konditionen sind aber beispielsweise für die betroffenen Beamtinnen und Beamten noch nicht geklärt“, so Schäfer, der auch dbb Fachvorstand Beamtenpolitik ist. „Selbst für den Fall, dass alle fraglichen Beschäftigten der Länder zum Bund wechseln sollten, würde ein nicht unbeachtlicher Teil an Personal weiterhin fehlen. Deshalb ist klar, was das Gebot der Stunde in der gesamten Verkehrsverwaltung sein muss: Klare Strukturen, verlässliche Personalplanung und insbesondere attraktive Arbeitsbedingungen.“

Für das **Seniorensseminar** v. 08.09.-10.09.2019 in der dbb-akademie in Königswinter können noch Teilnahmemeldungen an info@vbba.de erfolgen.